

Freitag, 8. Oktober 1926.

Einzelnummer 25 Groschen
mit illustrierter Beilage 40 Gr.

65. Jahrgang. Nr. 231.

Posener Tageblatt

(Posener Worte)

Postcheckkonto für Polen
Nr. 200 283 in Posen.

mit illustrierter Beilage: „Die Zeit im Bild“.

Postcheckkonto für Deutschland
Nr. 6184 in Breslau.

Anzeigenpreis: Petitzelle (38 mm breit) 40 Gr.
Anzeigenteil 15 Groschen
für die Millimeterzeile im Anzeigen teil 45 Groschen.
Reklamepartie 50% mehr. Reklamepartie (90 mm breit) 135 gr.
Auslandserate: 100% Aufschlag.

Ventzki
Ein- und Mehrschar-Pflüge
alle Pflug-Ersatz-Teile
liefer sofort ab Lager
Woldemar Günter
Landmaschinen
Poznań, Sew. Miejskiego 6
Telephon 52-25.

Kauf
„Palmo“
Mostrich!

Erscheint
an allen Werktagen.

Fernsprecher: 6105, 6275.
Tel.-Abo.: Tageblatt Posen.

Bei höherer Gewalt Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung oder Aussperrung hat der Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Unterredung mit dem Finanzminister.

Das Haushaltsgleichgewicht. — Die Kursschwankungen des Złoty. — Der Kampf gegen die Preissteigerung. — Ungerechte Steuern erregen die Bevölkerung.

Warschau, 6. Oktober. Ein Vertreter der „Polska Agencja Publicystyczna“ wandte sich an den neuen Finanzminister Tadeusz Czecowicz mit einer Reihe von Fragen, auf die der Minister folgende Antwort erteilte:

Wir sind jetzt nach vielen unglückseligen Experimenten in ein neues Stadium der Verhältnisse eingetreten, wo nicht nur die für die Staatsgeschäfte verantwortlichen Faktoren, sondern auch die breite Allgemeinheit der Intelligenz die Notwendigkeit eingesehen hat, daß das Finanzsystem auf Grundlagen aufgebaut werden muß, die allgemeine Geltung haben. Bis vor kurzem waren wir noch Zeugen davon, wie die Frage des Haushaltsgleichgewichts unter dem Einfluß der Tradition aus der Inflationszeit, nicht mit voller Überlegung behandelt wurde. Ein typisches Beispiel bildet das Budget für das Jahr 1925, das auf die Summe von 2165 Millionen aufgestellt wurde, ohne daß man darauf achtete, daß das vorangegangene Haushaltsjahr mit einem Defizit von 100 und einigen 10 Millionen abschloß und alle Staatsentgelte die bescheidenen Summe von 1284 Millionen zeigten. Ein schief der Zahlungsbilanz liegende genügende Bedeutung zu und öffnete zugleich mit der Einführung der festen Valuta der Einfuhr ausländischer Ware weit die Tür, ohne damit zu rechnen, daß unsere Handelsbilanz seit März 1925 stets passiv war.

Ich will nicht die Folgen auseinandersezieren, zu denen der Mangel eines Haushaltsgleichgewichts

und der Abstrom von Valutaten nach dem Auslande geführt hat, denn sie sind allgemein bekannt. Heute steht jeder in Polen ein, daß das Staatsbudget ausgeglichen sein muß, daß es nötig ist, die Zahlungsbilanz aktiv zu erhalten, und daß Kursschwankungen des Złoty nicht vorkommen dürfen. Das Verständnis dafür ist eine erfreuliche Entwicklung, aber dabei muß ich auch auf die Gefahr hinweisen, die darin besteht, daß das Finanzproblem auf eine zu enge Plattform gestellt wird, was nicht nur einzelne einflussreiche Persönlichkeiten, sondern auch ganze Gruppen tun, die auf eine entscheidende Stimme in finanzwirtschaftlichen Fragen Anspruch erheben.

Wenn die Staatsbehörden auf der Höhe ihrer Aufgaben stehen wollen, dann müssen sie den allgemeinen Wohlstand der Bürger verfolgen. Dieser Wohlstand ist das Ziel, während das Haushaltsgleichgewicht, die aktive Zahlungsbilanz, Kursstabilisierung usw. alles nur Mittel sind, die zur Erreichung dieses Ziels führen. Wir dürfen nicht vergessen, daß das finanzielle Gedränge auf

geregelte Wirtschaftsverhältnisse

gestoppt sein muß, und daß in einem Lande mit abnormalen Verhältnissen Finanzersfolge von kurzer Dauer und illusorisch sein können. An dieser Stelle möchte ich die entscheidende Bedeutung des Preisproblems hervorheben. Ein unbegründetes Anwachsen der Preise hat schon im Jahre 1925 zu einer Finanzkatastrophe geführt. Es muß nun eine planmäßige Aktion unternommen werden, um die Gefahr einer neuen Katastrophe zu verhindern. Es ist allgemein die Ansicht verbreitet und sie wird von sehr einflussreichen Faktoren propagiert, daß jegliche Einmischung der Behörde schädlich sei, daß niemand hindern dürfe, gute Gewinne zu erzielen, und daß die Preissteigerungen keine Gefahr für das Budget bilden könnten, wenn die Gehälter der Staatsbeamten auf unveränderter Höhe gehalten würden. Von moralischen Rücksichten will ich nicht sprechen.

Ich bin der Meinung, daß solche Auffassung der betreffenden Dinge zumindest unreal ist, da doch das Staatsbudget neben den Personalausgaben die Sachausgaben vorsieht und die Personalausgaben ebenfalls steigen müssen, wenn die Leistungswelle hoch geht. Die Staatsbehörde ist verpflichtet, diejenigen Unternehmen zu unterstützen, die ehrliche Gewinne erzielen. Aber es wäre ein Verbrechen, wenn man die Augen schließen wollte gegen die organisierte Ausnutzung, die sich gegen die Allgemeinheit der Konkurrenten richtet. Ich bin fest davon überzeugt, daß zur Gesundung unserer Verhältnisse die Wiederherstellung freier Konkurrenz nötig ist.

Mit Rücksicht auf den Export wird das Bestehen von Industriekartellen unerlässlich. Das bedeutet aber keineswegs, daß sie nach Monopolisierung eines bestimmten Produktionszweiges auf dem Binnenmarkt ungehindert willkürlich Preise festsetzen könnten. Eins der dringendsten Gebote

die Produktionskosten und die Vermittlungsbedingungen.

Auf Grund der Rundfrage muß dann die betreffende Diagnose gestellt werden, um Mittel und Wege zu finden, die zur Verbesserung von Anteiln des ersten Bedarfs führen können. Die Preisgestaltung wird in beträchtlicher Höhe von der Höhe des Zinsfußes beeinflußt. Eine Herabsetzung des Zinsfußes läßt sich erreichen, wenn die unzähligen kleinen Kreditinstitutionen, die lebensfähig sind, eine Reduzierung erfahren haben. Die Folge davon ist dann eine Vermehrung der Umläufe, größerer und besser geführter Banken. Bei größeren Umläufen können diese Banken auch bei einem niedrigeren Zinsfuß gedeihen. Da ich das Finanzproblem von weiteren Gesichtspunkten aus betrachten will, kann ich die Notwendigkeit der Vermehrung der Einnahmenquellen des Staates nicht mit Stillschweigen übergehen.

Was die Ausgaben betrifft, so ist es unvermeidlich, daß die kulturelle Stufe herabgesetzt und unser Prestige verringert wird, wenn die Zusammenpressung der Staatsausgaben vorgenommen wird, ohne daß man auf die Bedeutung dieser oder jener Bedürfnisse und Aufgaben Rücksicht nimmt. Hier steht der Finanzapparat vor einer sehr verantwortlichen Mission. Unser Steuersystem, in dem die verschiedenen Einfüsse erkennbar sind, die oft mit fachlichen Rücksichten nichts zu tun haben, und das überdies in einer Atmosphäre flüchtiger Konjunkturen ausgearbeitet worden ist, muß eine gründliche Revision erfahren. Entsprechende Arbeiten habe ich schon in die Wege geleitet und ich hoffe, daß wir in nächster Zeit die Mängel des bisherigen Systems, die in der Ueberzahl von Steuern mit komplizierten Vorschriften und technischen Schwierigkeiten zu Tage treten, beseitigt haben werden. Alle Fachmänner sind sich darüber einig, daß übermäßige Steuersätze nicht zum

Ziele führen, und die Erfahrung der letzten Jahre hat uns den Schluß gegeben lassen, daß vielmehr gemäßigte Sätze die besten Ergebnisse zeitigen. Wenn wir der Bevölkerung nicht noch größere Lasten auferlegen, dann können wir bedeutendere Einkünfte erlangen. Nichts kann so sehr erregen, als ungleichmäßige und ungerechte Steuern.

Eine meiner weiteren Aufgaben ist die Besserung der Monopolwirtschaft, insbesondere des Spiritusmonopols. Ich hoffe, daß planmäßige Anstrengungen uns in die Lage versetzen werden, hinlängliche Mittel zur Befriedigung unerlässlicher Staatsbedürfnisse zu erlangen, woran ich aber die Bedingung knüpfen will, daß wir weiter darum bemüht sein müssen, entbehrliche Ausgaben zu streichen und weniger dringliche einschränken oder zurückzustellen.

Klarner'sche Entwürfe werden zurückgezogen.

Nach einer Meldung des „Kurier Poznański“ soll der Finanzminister Tadeusz Czecowicz die Absicht geäußert haben, zwei Entwürfe des Ministers Klarner, und zwar den Entwurf über einen Sanierungsfonds für die Bantens in Höhe von 65 Millionen und einen Entwurf für die Errichtung einer Einkommenssteuer von den Kleinbauern zurückzuziehen. Heute findet eine Sitzung des Wirtschaftskomitees statt, in der u. a. auch die Frage der Zurückziehung der Klarner'schen Entwürfe besprochen werden soll. Was den Vorsitz im Komitee betrifft, so kommen Bartel und Moraczewski dafür in Betracht.

Vorwürfe für die Petroleumindustrie.

Der „Kurier Poznański“ schreibt: „Die Initiative der gegenwärtigen Regierung, Quellenforschungen über den Produktionsprozeß in Polen und die Preispolitik in der Industrie usw. im Handel Polens anzustellen, wird nicht nur eine Reihe von Mängeln unserer Produktion aufdecken, sondern auch unser Wirtschaftsleben weiter von der Korruption und dem Protektionismus säubern können, die die Herrschaft der Oberschichten hinterlassen hat. Für die öffentliche Kontrolle hat die Innenwirtschaft der großen Industrieorganisationen ein Buch mit sieben Siegeln dargestellt. Man hat von einer ständigen Erzwingungstatik des Leviathans für die Erlangung von Regierungsprivilegien gehört. Für keinen Zweig des Wirtschaftslebens tut man so viel wie für die Großindustrie, in deren Taschen wahnwitzige Summen verschwinden. Die Wissel und Berechtigungen, die ihr zur Verfügung gestellt wurden, konnten eine Quelle des Ausbaus und der Konsolidierung der Industrie in Polen werden, aber sie sind auf Nebenwegen in private Taschen geflossen. Die Industriellen nahmen an Einfluss und Reichtum zu, während die Industrie und mit ihr das Wirtschaftsleben des Landes verfielen. Das traurige Bild bietet wohl die Naphtha-industrie.“

Ginst war sie die Quelle ungeheuren Reichtums des Landes. Keine andere Industrie in Polen übt einen so magischen Einfluß auf das Auslandskapital aus, wie diese Industrie, deren Unternehmungsgeist große Gewinne verbiegt. Die Naphtha-industrie war dazu bestimmt, die Rolle eines Faktors zu spielen, der für das Wirtschaftsleben des Staates so nötige Auslandskapitalien erwarten. Haben doch zu Kriegszeiten Kapitalisten Englands, Frankreichs, Österreichs und Deutschlands in der Erlangung von Einflüssen auf die Rohölproduktion des polnischen Karpathenlandes miteinander im Wettkampf gestanden. Das fremde Kapital hätte sich gern in der Naphtha-industrie auch nach dem Zusammenbruch Österreichs engagiert, aber einige Jahre einer verhindernden und leichtfertigen Wirtschaft haben genügt, um eine große Vermögensposition zu ruiniieren und bei den Auslandskapitalisten Wirkungen gegen das Wirtschaftsleben Polens zu erzielen. Denn wo sind die ungeheuren Summen geblieben, die in den letzten Jahren vom Auslandskapital in der Naphtha-industrie investiert worden sind?

In den Dabrowski-Konzernen hat man vor sieben Jahren allein die Summe von 123 Millionen Schweizer Franken investiert. Große Summen französischer oder österreichischer Kapitalisten in der Premjera Limanowa Galicia und Santa Cruz. Aus welchen Ursachen und durch welches Verschulden sind diese Mittel verschwendet worden, ohne auf die Entwicklung der Industrie eine wirk zu haben? Nach solch traurigen Erfahrungen ist es kein Wunder, daß das Ausland die schlimmste Meinung von den organisatorischen Fähigkeiten des Staates, in dem Arbeits- und Produktionslust einer Raubwirtschaft preisgegeben sind, bekommen hat.

Es ist Tatsache, daß fast alle Naphthalonzerze mit einem großen Defizit gearbeitet haben, obwohl die Regierung die Rohölaustrahl sparte und trotz der Erleichterungen Kredite, Steuerabschreibungen usw. Aber in den Defizitbilanzen der großen Naphthalonzerzen sind Positionen, die diesen Stand der Dinge erläutern können. Eine genaue Prüfung der Verwaltungsverhältnisse und der Produktionskosten wird eine klare Antwort auf die Ursachen des Übelns geben: Es ist die Innenwirtschaft der Naphthalonzerzen. Denn die Gehälter, Tantiemen und Dienitären der Direktoren, die Lebens- und Repräsentationsstufen der Gesellschaften ließ nicht einen Augenblick annehmen, daß es Löhne, Tantiemen und die Lebensstufe von Defizitgesellschaften seien. In dem vorhin erwähnten Konzern Dabrowski betrug das Jahresgehalt mit den Tantiemen des Generaldirektors 70000 Dollar.

Die Kosten der Büroverwaltung überstiegen in einzelnen Konzernen 60 Prozent der Produktionskosten. Ein anderes Beispiel: In dem jetzt von einer neuen französischen Gruppe erworbenen Naphthalonzerzen Premjera sind mehr als 10 Direktoren ernannt und mit großen Gehältern, mit Lugusautos, Villen und Palästen ausgestattet worden. Und das alles deshalb, weil die naiven Aktionäre das nicht sehen, ebenso wie sie ihre Einnahmen nicht sehen werden, die sie mit vollem Vertrauen der polnischen Industrie zur Verfügung stellten. Solche Ausgaben werden natürlich nicht auf Kosten der Produktion, sondern auf Kosten weiterer Anleihen geflägt. Die Kontrakte von Personen, die in leitenden Stellungen sind, sichern ihnen für den Fall des Ausscheidens eine so hohe Entschädigung, daß sie die Quelle hinlänglichen Unterhalts für das ganze Leben bilden könnten.“

Ein polnischer Wegweiser in der Minderheitenfrage.

Es hat geraume Zeit gedauert, bis ein polnisches Blatt in den Schlussfolgerungen der letzten Sessjon des Volkerbundes die Nationalitätenfrage angeknüpft hat, die in Polen immer noch im unheimbaren Gewande einhergehen muß. Die Regierung ist zwar in erster Linie von Haushaltssachen in Anspruch genommen, aber es sollte dabei die nötige Energie aufgetrieben werden, die Nationalitätenverhältnisse in Polen in ein geregeltes Fahrwasser zu bringen. Der „Robotnik“, der zu den wenigen Blättern gehört, die dieser Frage Bedeutung beimeissen, bringt folgende Ausführungen, die die Regierung als „Wegweiser“ dienen sollen:

„Der Erfolg, den die polnische Delegation in Genf davon getragen hat, wird nur dann von Dauer sein, wenn Polen statt des halbständigen Sitzes einen ständigen Sitz im Volkerbundsrat erhält. Um das zu erreichen, müssen wir schon heute in der Meinung der im Volkerbund vertretenen Ländern den Boden günstig vorbereiten. Das beste Mittel wird in der Regelung der Minderheitenfrage in Polen bestehen. Die uns feindliche Propaganda bemüht sich, Polen in den Augen ganz Europas als ein Land hinzustellen, das an das Vorfriedungarn mit seiner Politik der Unterdrückung fremder Nationalitäten erinnere. Obwohl in den Büchern und Artikeln, die den Zweck verfolgen, Polen zu distrediten, viel Übertriebung und sogar Lüge liegt, so läßt sich doch nicht leugnen, daß unsere Aufgabe, sich diesen Lügen entgegenzustellen, bedeutend erleichtert würde, wenn die Behörden endlich einmal eine entschiedene Politik gegenüber den nationalen Minderheiten beschäfen. Von den sogenannten Rahmengesetzen, die unzulänglich sind, weil sie nur das Gebiet der Sprache umfassen, muß zu einer Toleranzpraxis übergegangen werden, die sich auf eine Gesetzgebung stützt, von der alle Gebiete des Lebens der Minderheiten berührt werden. Bisher hat nur die Sozialistische Partei die Nationalitätenfrage auf eine breite Plattform zu stellen vermocht, indem sie nicht zögerte, die Lösung der Autonomie in den Teilgebieten aufzustellen, in denen die Autonomie wirklich der Ausdruck der Bedürfnisse der Ortsbevölkerung ist und wo ihre Einführung die Bevölkerung enger mit dem Staate verbinden könnte. In anderen Linksparteien herrsche und herrsche bis jetzt noch eine unbekümmerte Atmosphäre in dieser Frage. Die einen machen ihre Stellungnahme von der Sympathie für diese oder jene Minderheit abhängig, anstatt sich klar und deutlich auf eine grundlegende Plattform zu stellen. Andere wiederum fürchten sich überhaupt, die Frage anzutasten. Es gibt auch Linksparteien, die den Gedanken an eine Möglichkeit der Zusammenarbeit der nationalen Minderheiten mit der polnischen Linken bei eventueller Einführung wahrhaft demokratischer Regierungen im Staate weit von sich weisen. Wir werden auf dieses sehr wichtige Problem, das einer allseitigen Erörterung bedarf, noch einmal zurückkommen müssen. Heute muß mit Nachdruck festgestellt werden, daß eine Richtregelung der Nationalitätenfrage sich auf internationalem Boden rächen kann. Deshalb müssen wir die Jahre, die uns noch von dem Zeitpunkt trennen, da Polen in Genf vor der Möglichkeit einer Wiederawahl stehen wird, einer Regelung der Minderheitenfrage im Geiste der neurealistischen Ideale der Freiheit und Gleichberechtigung widmen. Wenn der gegenwärtige Sejm, der in seiner Mehrheit reaktionär ist, die Nationalitätenfrage nur noch verschämt hat, dann muß die polnische Linke, ohne sich danach umzuschauen, daß jemand die Arbeit für sie leistet, ein gemeinsames Programm für das Gebiet der Minderheitenfragen aufstellen und es im nächsten Sejm, dessen Zusammensetzung — was wir hoffen — demokratischer sein wird, durchsetzen.“

Der „Robotnik“, so muß festgestellt werden, ist bei all seinem „guten Willen“ doch immer nur von dem Gedanken ausgegangen, daß die Minderheitenfrage nicht um der Bedeutung der Frage selbst willen geregelt werden müsse, sondern um in der Welt den schlechten Eindruck zu verwischen, den die bisherige Behandlung machte. Es kommt unseres Erachtens nicht darauf an, „sich der Lüge entgegenzustellen“ — denn Lügen haben kurze Beine —, es kommt nur darauf an, mit allen Wahrheits- und Gerechtsameitsliebe verbrieft und heilig Rechte zu achten. Wenn verbrieft Recht erfüllt werden, dann bleibt zur Übertriebung und Lüge nicht viel übrig — und in dem ehrlichen Willen, heilige Pflichten zu halten, liegt Ruhm und Fortentwicklung des Staates. Aber der „Robotnik“ sieht da einen Satz ein, der da unterstrichen werden muß: „Die Behörden müssen die Minderheiten gegenüber eine entschiedene Politik treiben!“ Wir fragen wohl nicht zu Unrecht, wenn wir sagen: „Was versteht man darunter?“ Ist etwa darunter weiterhin ein Programm zu verstehen, das die Minderheiten energisch in ihrem Eigenleben hindert, das der Ausrotungs-politik, die bisher geübt wird, neue Stütze gewährt? Wir wissen, auch die polnische Sozialdemokratie hat trock ihres „guten Willens“ sich gesträubt, dort einzutreten, wenn sie eintreten konnte. Auch ihr bleibt der Vorwurf nicht erspart, denn von Worten allein lebt der Mensch nicht, und die Minderheiten noch viel weniger. Und bislang haben wir sehr viele Worte gehört. „Energische Programme“ lösen die Minderheitenfrage nicht — und „energische, entschiedene Politik den Minderheiten gegenüber“ mutet so nach alter Methode an. Solche Fürsorge mag zwar manchen Menschen der eigenen (oder fremden) Partei behagen. Wir müssen, nach den bisherigen Erfahrungen, herzlich dafür danken.

Der Vertrag mit Russland und Litauen.

Das Schreiben Tschitscherins.

In dem Begleitschreiben Tschitscherins zum russisch-litauischen Vertrag heißt es den „Times“ aufzufolge, daß die Regierung der U.S.S.R. zwar von dem unverträglichen Wunsche geleitet werde, daß litauische Volk unabhängig zu sein und daß die Arbeiter der U.S.S.R. mit dem Schicksal des litauischen Volkes sympathisieren, daß aber die Verlegung der litauischen Grenze, die gegen den Willen des litauischen Volkes stattgefunden hat, die Haltung der U.S.S.R. bezüglich der Frage der litauischen territorialen Souveränität nicht beeinflussen könne.

Dies bedeutet, so bemerken die „Times“, daß die Sowjetregierung in der Ansicht verharre, die in dem litauischen Vertrag vom Jahre 1921 mit Polen festgelegt worden ist, daß die Wilnaer und Polen geregt werden könnten. „Times“ melden weiter, es verlaute, daß die Sowjetregierung Litauen anbot, die Neiße-Litauens auf das Memelgebiet durch ein besonderes Protokoll zu garantieren, daß aber die litauische Regierung es ablehnte, sich dieses Angebots zu bedienen.

Republik Polen.

Vom Justizministerium.

Nach einer Meldung des „Kurier Poznański“ sollen im Justizministerium Verschiebungen bevorstehen, denen politische Beweggründe zugrunde liegen. Es hat sich das Gerücht verbreitet, daß der Staatsanwalt bei dem Appellationsgericht in Warschau, hübner, zurücktreten werde, und daß sein Nachfolger der Staatsanwalt beim Bezirksgericht in Warschau, Rudnicki, sei.

Vom Ministerrat.

Morgen findet um 6 Uhr nachmittags eine Sitzung des Ministerrats statt. Unter andern Verwaltungsangelegenheiten wird der Entwurf für eine Verordnung des Staatspräsidenten über den Ausbau der Städte erörtert werden. Weitere Vorlagen sind: ein Antrag des Ministerpräsidenten über Änderungen in der Geschäftsaufteilung des Wirtschaftskomitees der Minister und ein Bericht des Arbeits- und Wohlfahrtsministers über die Arbeitslosenversicherung.

Minister Zaleski über Danzig.

Die „Neue Freie Presse“ in Wien bringt eine Unterredung ihres Wiener Korrespondenten mit dem Minister Zaleski vor seiner Abreise aus Genf. Der Minister erklärt, daß Polen nach dem Eintritt in den Völkerbund weiter danach streben werde, seine politischen Richtlinien gegenüber den benachbarten Völkern einzuhalten. Polen wolle an jeder Initiative teilhaben, deren Ziel die Festigung des Friedens und die Erhaltung der Autonomie des Völkerbundes sei. Was Danzig betrifft, so sei Polens Standpunkt von besonderen Interessen gekennzeichnet. Danzig wäre Polen unentbehrlich, und gerade in seinem Freistadtcharakter sehr wertvoll. Alle Bemühungen um eine wirtschaftliche Entwicklung Danzigs und eine Festigung seiner Wirtschaftsbeziehungen zu Polen würden von der polnischen Regierung unbedingt unterstützt werden. Polen nehme an, daß Danzig eine ähnliche Haltung annehmen werde. Die Danziger Bürgerschaft müßte die großen wirtschaftlichen Vorteile anerkennen, die sich aus einer Zusammenarbeit Danzigs mit Polen ergeben. Der gute Wille Danzigs könne ein Prüfstein und die Grundlage für normale Beziehungen zwischen dem Danziger Hafen und dem polnischen Staate werden. Zum Schluß dankte Herr Zaleski die Nachricht, daß Polen in die Kleine Entente einzutreten beabsichtige. Dabei betonte er, daß Polen mit allen Staaten der Kleinen Entente durch Freundschaftsverträge verbunden sei.

Ein polnisches Flugzeug auf deutschem Gebiet.

Der „Kurier Poznański“ bringt folgende Berliner Meldung: „Vorgestern war ein polnisches Militärflugzeug des Typs Prototyp XV A Nr. 4034“, das sich auf dem Wege von Posen nach Krakau befand, bei Glogau gezwungen, eine Notlandung vorzunehmen. Die Passagiere waren der Oberleutnant Józef Szaryski und der Sergeant Karol Guttkind vom 3. Fliegerregiment in Lawica. Nach Feststellungen durch Beamte des „Flugüberwachungskommandos“ aus Breslau wurde das Flugzeug gestern mittag wieder freigegeben und die polnischen Flieger setzten ihre Reise weiter fort.“

Dazu bemerkt die Redaktion des „Kurier“: „Im Flughafen von Lawica hat man am Mittwoch abend von diesem Fall noch nichts gewußt.“

Nein privat.

Nach einer Meldung des „Przegląd Poranny“ war Rittmeister Grocholski in rein privater Angelegenheit nach Posen gefommen. Er hatte danach nur den Auftrag Pilsudski. Aber den Gesundheitszustand des Generals Sosnkowskis Erkundigungen einzuhören.

Botschafter Chłapowski in Warschau.

Wie der „Przegląd Poranny“ meldet, ist Botschafter Chłapowski aus Paris dienstlich nach Warschau berufen worden.

Die Minderheiten.

Nach einer Meldung der „Agencja Wschodnia“ ist die für den 2. Oktober angekündigte Sitzung der Sachverständigenkommission für Fragen der nationalen Minderheiten auf den 15. d. Wk. verlegt worden. Wir sind gewöhnt, daß diese Kommissionsitzungen immer wieder herausgeschoben wurden, aber inzwischen dürfte doch die Minderheitsfrage brennend genug geworden sein, um von einer weiteren Zurückstellung absehen zu können. Oder ist man so arm an eigenen Vorschlägen, daß man erst Pressesstimmen nach Art des „Robotnik“ jammern will?

Sollte Graf Uniuski Außenminister werden?

Die „Agencja Wschodnia“ bringt die sensationelle Nachricht, daß der Premier Piłsudski während der Neubildung des Kabinetts seinen Adjutanten, Rittmeister Grocholski, nach Posen abgesandt habe, damit dieser im Namen des Premiers dem Posener Bejeworden, Grafen Uniuski, die Übernahme des Außenministerpostens vorschlage. Die Ernennung Zaleski sei erst nach der Absage des Wojevodien erfolgt.

Rücktritt des Handelsministers?

In politischen Kreisen spricht man davon, daß der Industrie- und Handelsminister Niemiatkowski demnächst zurücktreten

werde, um wieder auf den Posten des technischen Direktors der Chorzówwerke zurückzutreten.

Fachleute.

Der neue Finanzminister Czochowicz trägt sich mit der Absicht, wegen der Notwendigkeit intensiver Arbeit auf finanziellem Gebiete, zwei hervorragende Fachleute zur Mitarbeit zu berufen.

Anleiheabschaffung.

Das Lemberger Blatt „Dro“ erfährt aus privaten Kreisen, daß die Regierung sich in nächster Zeit in den Vereinigten Staaten und Kanada um eine Anleihe von 150 Millionen Dollar bemühen werde.

Eine Locarno-Beobachtungsstation.

Im Zusammenhang mit dem Auftritt der Locarno-Pakte ist der Plan aufgetaucht, im Außenministerium eine besondere Abteilung zu bilden, deren Aufgabe darin bestehen soll, die Ereignisse in der Weltpolitik im Verein mit den Folgeerscheinungen der Locarno-Pakte zu beobachten.

Gdingen und die Ausfuhr.

Die „Agencja Wschodnia“ meldet aus Gdingen: „In den nächsten Tagen wird hier eine Ministerialkommission eintreffen, um zwei große Brückenpläne, die an der Südmole aufgestellt sind, zu übernehmen. Die Kräne sollen noch im Laufe des Monats in Betrieb kommen. Die Ladefähigkeit des Hafens wird durch sie auf 60.000 Tonnen erhöht. Zum ersten Male wird polnischer Gement zur Ausfuhr verladen werden. Eine der Bemerkungen ist für Buenos Aires bestimmt.“

Ende einer Untersuchung.

Eine Krakauer Meldung der „Polnischen Telegraphenagentur“ lautet: „Die Untersuchung in der Angelegenheit der im Dezember v. J. verhafteten Direktoren der Polnischen Industriebank ist beendet worden. Während der Untersuchung wurde auf Anordnung der Gerichtsbehörde der Direktor Filipi gegen eine Kavution von 100.000 Złoty. Wiliński und Winias ohne Kavution freigelassen. Die Staatsanwaltschaft bereitet jetzt die Anklageschrift vor, die neben den erwähnten Direktoren auch den Baudirektor Dronek und den Prokuren Włodzior, den früheren Börsenbevollmächtigten der Bank angeklagt. Den fünf Angeklagten wird der Vorwurf des Betrugs gemacht. Die Verhandlung wird wahrscheinlich im November stattfinden.“

Der Konflikt in der Textilindustrie.

Der Vizepremier Bartel hielt gestern in Gegenwart des Arbeits- und Wirtschaftsministers Konferenzen ab mit Vertretern der Textilarbeiter und der Berufsverbände in Sachen des Lohnkonflikts in der Textilindustrie. Die Berufsverbände sind auf den Schiedsspruch durch Bartel eingegangen. Die Arbeitgeber haben eine prozentuale Erhöhung der Löhne vorgeschlagen. Die Vertreter der Angestellten erklärt, daß sie die Sache ihren Mandatgebern vortragen würden.

Kleine politische Meldungen.

Zum Chef der Ministerialabteilung für nichtkatholische Bekennnisse im Kriegsministerium soll Oberst Maliszewski ernannt werden.

Zum Vizeminister für Justiz ist Oberst Mechrowski, der bisherige Stellvertreter des Justizdepartementschefs im Kriegsministerium, vorgesehen. Die Ernennung soll in den nächsten Tagen erfolgen.

Ende Oktober tritt der Staatsseisenbahnrat zu seiner ordentlichen Jahreshauptversammlung zusammen.

Witschitsch wird wahrscheinlich am 15. d. Wk. in Warschau eintreffen.

Der neue Innensenator, General Sławoj-Slabowski, ist gestern nach dem Sejm gekommen, um den Marschällen des Sejm und des Senats Besuch abzustatten.

Konkurrenzunternehmen für Pan-Europa?

Der Bund für europäische Verständigung.

Eine Tagung von Staatsmännern und Politikern, die unter dem Vorsitz von Emil Borel, dem ehemaligen französischen Minister, am 2. September 1926 im „Palais Chynard“ zu Genf war, beschloß einstimmig die Bildung des Bundes für europäische Verständigung sowie die Veröffentlichung eines Aufrufs, dem die Vertreter von 24 europäischen Nationen zugestimmt haben. Unter den Unterzeichnern sind:

von Deutschland: Reichskanzler Marx, die Minister Stresemann, Kühl, Reinhold, ferner Dr. Birth, Dr. Luther, Dr. Koch, Dr. Petersen, Professor Schücking, Graf Bernstorff, Dr. Simons, Dr. A. Köster, Vizeadmiral, Dr. Galster, Prälat Kasas, Wilh. Sollmann, Robert Bosch, Fischbeck, Giesberts, Abgeordneter Bodes, von Frankreich: Briand, Painlevé, Albert Thomas, Professor Scelle, Marc Sangnier, Professor Aulard und die Abgeordneten Barthélémy, Flandin, Cassin, Renaudel, Brunet,

von England: Mac Donald, G. A. L. Fisher, Gilbert Murray, von Polen: Zaleski, Staniewicz, Padlewski, Chugut, von sonstigen: Vandervelde, die Dänen Graf Moltke, Bahle, der Italiener Stefano, der litauische Ministerpräsident Sleschewitsch, Fridtjof Nansen, der Österreicher Graf Mensdorff-Pouilly, Beneck, der Ungar B. Lucas.

Der Aufruf besagt:

„Die Regierungen haben das Zeichen gegeben zu einer neuen Politik der Versöhnung und der Verständigung. In diesem Bereich können jedoch die Regierungen nur die Wege weisen und ebnen. Es ist die Aufgabe der Völker selbst, den auf positive Arbeit gerichteten Zusammenschluß zu bewirken. Nichts ist erreicht, solange sie mit ihrer Zustimmung zurückhalten und ihr Wille unterscheiden ist. Schließlich muß das, was in Locarno dank der Initiative einiger Staaten geschaffen wurde, zu einem gemeinsamen Unternehmen ganz Europas werden. Damit ein derartiges Einvernehmen zu stande kommen könne, ist es unentbehrlich, zunächst zwischen den Völkern geistige Bande zwischen den Völkern zu schaffen. Aus dem Aktionsprogramm einer solchen Organisation müssen Erörterungen, die die gegenseitige Geschäftigkeit wieder einfacher könnten, ausgeschaltet werden. So wird es möglich werden, gleich von Anbeginn das Gefühl wirtschaftlicher Einheit auf einer festen Grundlage entstehen zu lassen und eine den gemeinsamen Interessen dienende, positive Arbeit zu eröffnen.“

Bur Erreichung dieses Ziels erscheint als das geeignete Mittel die Schaffung eines Bundes für europäische Verständigung, der sich aus Landessktionen von mannigfachster Form (Verbände, Komitees usw.) zusammensetzen würde. Der Bund hat sich im wesentlichen das Ziel gesetzt, das Verständigungswerk der Regierungen zu ergänzen und deren künftige Schritte vorzubereiten, indem er auf die Völker selbst einwirkt und in ihnen das Bewußtsein ihrer Solidarität wachzurufen sich bemüht. Zu seinen Hauptaufgaben gehört demnach die Herbeiführung der europäischen Entspannung sowie der moralischen und effektiven Abrüstung, die Befreiung der Menschen künftiger Kriege durch freundschaftliche Verständigung, schließlich die tunliche politische und wirtschaftliche Annäherung der europäischen Völker zur Wahrnehmung ihrer gemeinsamen Interessen. Der Bund beobachtet die strenge Neutralität in allen inneren Fragen politischer und sozialer Natur. Er betrachtet die Erhaltung der nationalen und kulturellen Eigenart jedes Volkes als unentbehrliche Voraussetzung aller europäischen Zusammenarbeit. Der Bund wird, im Interesse der Erhaltung des europäischen Friedens, auf energischste jedes Streben nach einem kontinentalen Imperialismus bekämpfen, der sich eines Tages gegen andere Erdteile wenden könnte. Er nimmt sich vor, die Zusammensetzung der verschiedenen Kontinente ebenso eifrig anzustreben wie die der europäischen Völker. Sein letztes Ziel kann nur in der endgültigen Stabilisierung des Weltfriedens bestehen.“

Das deutsche Generalsekretariat ist in Berlin, Kurfürstendamm 150.

Italien und der Vatikan.

Die Franziskusfeier.

Der Verlauf der großartigen Franziskusfeier, an der fünf Kardinäle und der italienische Kultusminister Fedele teilnahmen, war besonders kennzeichnend für die Entwicklung der italienisch-italienischen Beziehungen. Die italienische Regierung hatte dem päpstlichen Delegaten, Merr del Val, dem ehemaligen Staatssekretär Pius X., einen Sonderzug, den die Papstmesse als Papstzug bezeichnet, zur Verfügung gestellt. In Ajaccio wurde der Legat mit dem Ruf: „Es lebe Merr del Val!“ Es lebe der Papst!“ von der Bevölkerung begrüßt, von den Provinzial- und Kommunalbehörden begrüßt und in einem Auto, von königlichen Karabinieri geleitet, nach Marienkirchen geführt. In der Pontifikalmesse waren Kultusminister Fedele und die königlichen Behörden anwesend. Am Empfang beim Bürgermeister nahmen Merr del Val und Fedele teil. Der Bürgermeister dankte der Regierung und Mussolini, daß sie die Franziskusfeier so weise unterstützen hätten. Merr del Val erwiderte, Mussolini habe mit klarer Einsicht in die Wirklichkeit gewollt und wolle noch, daß die Religion geachtet, ausgebüttet und gehext werde. Von Gott freihändig, habe Mussolini die Geschichte der Nation erhoben und ihr Prestige in der ganzen Welt vermehrt. Kultusminister Fedele schloß den Empfang mit dem Hinweis darauf, daß die Franziskus-Legenden: Strenge, Opfer, Verzicht, das Geheimnis der nationalen Wiederherstellung Italiens seien.

Diese Annäherung zwischen Vatikan und Italien konnte geschehen, obwohl der Vatikan vor kurzem seine Ansprüche in der römischen Frage mit ungewöhnlicher Schärfe betont hatte. Heute hielt Mussolini an der Fremdenuniversität zu Perugia eine Vorlesung über die Geschichte Roms. Er führte aus, daß Rom auch zur See mächtig gewesen und daß seine unumschränkte Mittelmeherberschaft das Ergebnis langer Opfer und unbewegter Willens gewesen seien. Diese Legenden galten damals und werden morgen und immer gelten.

Der alte Ignaz beelte sich, die Befehle seines Herrn zu befolgen, räumte rasch die beschädigte und beschmutzte Bettwäsche fort, kam alsbald mit neuem Linnenzeug zurück und richtete die Lagerstätte wieder auf. Sodann stieg Laskaris durch die Wandvertäfelung wieder herein, und das fehlende Stück der Wand schob sich an seinen Ort zurück.

Aus der Behaglichkeit seines Bettes hervor fragte Laskaris noch den Alten: „Die Tür des Turmes ist doch gut geschlossen, Ignaz?“

„Alles ist fest,“ erwiderte dieser. „Schlafet in Gottes Namen, nur wenn Ihr könnt, lieber Herr —“

„Wenn ich was kann?“ fragte der Adept lachend dagegen.

— so bringt uns nie wieder einen solchen Schelm ins Haus!“ fuhr es dem Schwarzen Ignaz über die Lippen. „Da wäre mir ja schon jeder Buschlepper draußen im Walde eine angenehmere Begegnung!“

Laskaris dehnte sich behaglich in den Kissen. Indem er sich bis an die Nase in die Daunendecke vergrub, rief er noch dem alten Dienner zu: „In wenigen Tagen erwarte ich zwei, die Du gut behüten mußt vor jedem Buschlepper, denn ich fürchte, daß ihnen unbarmherzige Verfolger scharf auf den Fersen sein werden.“

Fast hätte Ignaz sich bekreuzigt bei dieser Rede seines Herrn, und er schwor sich im stillen die teuersten Eide, die Angeläufigen auf eine solche Weise zu bewachen, daß sie keinen Schaden bringen könnten in der Art, wie etwa der flüchtige Graf von Ruggiero ihn anzurichten gewillt gewesen war. Mit verhaltenem Unwillen und Kopfschütteln verließ er das Zimmer, schloß die Tür sanft zu und flüsterte: „Ich wollte, das ganze Schmarotzergeschmeiß bräche sich das Genick, wie ich denn gern hoffe, der tückische Italiener werde morgen früh am Fuße des Burgfelsens zu finden sein!“

Wenige Minuten darauf lag Laskaris in tiefem Schlummer vergraben.

(Fortsetzung folgt.)

Copyright by August Scherl, G. m. b. H., Berlin SW. 68.

Goldmachergeschichten.

Von Gustav Meyrink.

21. Fortsetzung.)

(Nachdruck untersagt.)

Jetzt wußte Ignaz Bescheid. Er hatte die Stimme seines Herrn gehört und wußte, wo dieser war. Er tat zunächst, wie ihm befohlen war, und ging dann auf das Bett zu, in dem Laskaris geschlafen hatte. Er bemerkte aufs neue die große Unordnung, die hier durch rasches und gewalttägliches Geschehen entstanden sein mußte. Mit einem erschreckten Aufschrei fand er Kissen und Leintuch des Bettes zerfetzt und mit Blut überspritzt, zugleich auch eine Blutlache auf der Matratze und die Überreste einer zerschnittenen Schweinsblase. Im nächsten Augenblick sah er das Tafelwerk der inneren Mauer, gegen die das Bett gerückt stand, volltrüchtig zurückgeschoben und die ihm bekannte Geheimnische offen. Der alte Ignaz stieg über das Bett hinweg und fand da drinnen seinen Herrn, geruhig eine holländische Tabakspfeife schmauchend und in ziemlich unvollständiger Bekleidung an dem kleinen Tisch sitzend, auf dem ein erwärmender Grog dampfte.

Laskaris lächelte ihm entgegen und sagte: „Ein etwas längerer Aufenthalt, nicht wahr, Ignaz, zu dieser fortgeschrittenen Jahreszeit! Aber immer noch besser als in der heißen Nähe südländischer Leidenschaft! Rasch, erwärme Dich mit einem Glas Punsch und lasst Dir die späte Störfahrt erklären.“

Ignaz rief sofort: „Wo in aller Welt, lieber Herr, siezt Ihr Euren Gefährten? Was ist mit dem Manne geschehen? Und was bedeutet das Blut?“

„Er ist fort,“ entgegnete Laskaris, „ich fürchte sogar, er ist sehr weit von hier. — Nachdem er sich meiner Phiole bemächtigt und die Lampe gelöscht hatte, entfloß er durchs Fenster, und da ihm kein Ort sicher genug ist, dessen Aus-

gänge er nicht kennt, so hege ich Besorgnis, daß er selbst diese unsre liebe Erde inzwischen verlassen haben könnte, deren Ausgänge von so zweifelhafter Art sind. Wir werden morgen früh sehen, was unter dem Felsen übrig von ihm ist. Inzwischen, armer Ignaz, hast Du ja wohl bemerkt, wie schwer sich sein Banditenmesser an Deinem treu behüteten Gut und dem Stolz Deiner Truhen versündigt hat!“ Mit wehmütigem Lächeln deutete Laskaris hinaus auf das zerstörte Linnen des Bettes.

Ignaz hob mit zitternden Händen das Punschglas, stürzte den heißen Inhalt in einem Zug hinunter, schüttelte sich, es wäre schwer zu sagen gewesen, ob infolge der angenehmen inneren Erwärmung oder aus neu aufgruselndem Entsetzen, und rief: „Ihr lieben Heiligen! Und solch einen Mordbuben, solch einen Wäscheverderber und Schweinsblasenflechter liebet Ihr entkommen? Ihr wußtet doch, daß Eure Klingelzüge am Bett uns lautlos herbeizurufen vermöchtet hätten? Er wäre uns nicht entgangen! Allein mich bedünkt, er ist noch nicht so weit fort, als Ihr meint. Ich glaube, er steht vielmehr in unserer nächsten Nähe, nämlich im Gebüsch hinterm Ziehbrunnen. Markus wird dort bis zum Morgen Wache halten. Wenn es Euch aber recht ist, so werden wir sofort das Gebü

Der preußische Innenminister Severing zurückgetreten.

Der amtliche preußische Pressediest meldet: Der Minister des Innern Severing hat den preußischen Ministerpräsidenten gebeten, ihn mit Rücksicht auf seine erkrankte Gesundheit von seinem Amt zu entbinden.

Ministerpräsident Braun hat sich den vom Minister des Innern vorgebrachten Gründen nicht verschließen können und hat an seiner Stelle den Polizeipräsidenten von Berlin, Gräfin S., Mitglied des Landtages, zum Staatsminister und Minister des Innern ernannt.

Auf das Rücktrittsgesuch hat Ministerpräsident Braun namens des Staatsministeriums mit einem Schreiben geantwortet, in dem er namens der Staatsregierung Minister Severing für die dem Vaterland in schwerster Zeit geleisteten Dienste herzlichen Dank ausspricht und der Hoffnung Ausdruck gibt, daß Severing nach Wiederherstellung seiner Gesundheit sich wieder in alter physischer und geistiger Frische dem Dienste am Volke werde widmen können.

Der Lebensgang Severings.

Der preußische Innenminister Severing hat den Gedanken seines Rücktritts bereits seit langerer Zeit erwogen. Er ist zwar körperlich gesund, aber durch die Arbeiten und Aufregungen, die mit seinem von ihm seit 6½ Jahren verwalteten Amt verbunden sind, seelisch doch so stark mitgenommen, daß seine Ärzte eine längere Befreiung von Amt und Würden für dringend erforderlich halten. Severing hat sich diesen ärztlichen Bedenken anfänglich verschlossen, inzwischen aber eingesehen, daß sie doch berechtigt sind. Daher hat er jetzt sich veranlaßt gelehnt, sein Amt in andere Hände zu legen.

Wilhelm Karl Severing steht im 52. Lebensjahr. Er ist der Sohn eines Gartensortierers aus Herford. Er lernte das Schlosserhandwerk, durchwanderte Süddeutschland und die Schweiz und arbeitete als Geselle in Bielefeld und Zürich. Von 1902 bis 1910 war er Geschäftsführer der Verwaltungsstelle Bielefeld des Deutschen Metallarbeiterverbandes. Seit 1912 war er Redakteur der Bielefelder „Volkswoche“. 1905 wurde er Stadtverordneter in Bielefeld und 1907 für Bielefeld-Wiedenbrück in den Reichstag gewählt; er verlor jedoch 1912 sein Mandat gegen den Fortschritts Kiel, wurde jedoch 1919 für Münster-Minden in die Nationalversammlung gewählt. Im Laufe des Jahres 1919 wurde ihm die Aufgabe eines Reichskommissärs für Rheinland und Westfalen übertragen. Er hatte als solcher u. a. auch die Verhandlungen mit den Bergarbeitern zu führen und nachher im Frühjahr 1920 während der durch den Berliner Appell hervorgerufenen Sonderabstimmung im Ruhrgebiet die Verhandlungen mit der aufständischen Arbeiterschaft. Er führte schließlich auch mit besonderen Vollmachten der Regierung ausgestattet, die Polizeiaktion gegen die aus der Roten Armee erwachsenen regellosen Banden durch. Bei der in jenen Tagen unter dem Druck der Gewerkschaften vorgenommenen Regierungsbildung wurde er zum preußischen Minister des Innern ernannt. Dieses Kabinett trat im März 1921 auf Grund der durch die Wahlen in Preußen veränderten Lage zurück und mit ihm Severing. Sein Nachfolger wurde der Demokrat Dominikus.

Bei der Erweiterung des Kabinetts durch Wiedereintritt der Sozialdemokraten im Oktober 1921 übernahm Severing wieder das Portefeuille des Innern, das er seither ununterbrochen inne hatte, auch bei dem kurzen Zwischenspiel im preußischen Kabinett Marx vom 18. Februar bis 3. April 1926.

Stimmen der Berliner Presse.

Die Berliner Morgenblätter widmen dem Rücktritt des preußischen Innenministers ausnahmslos längere Kommentare, die naturgemäß nach der Parteistellung durchaus entgegengesetzt sind.

„Deutsche Tageszeitung“: „Ohne Zweifel hat Severing an der Spitze des eigentlich politischen Ministeriums in Preußen ein ungewöhnliches Maß von Zielbewußtheit und Energie entwidelt. Im ganzen war Severing als Staatsminister bewußter und tüchtiger sozialdemokratischer Parteileiter.“

„Volks-Anzeiger“: „Severing soll wahrheitsgemäß bescheinigt werden, daß er mit reinen Händen den Staatsminister wieder verläßt, jedoch sei die Amtsübung Severings die schärfste politische Bedrückung seitens eines Regimes gewesen, das angeblich auf Freiheit und Gleichheit gegründet sei.“

Die „Tägliche Rundschau“ hebt hervor, daß Severing, wenn er auch in seiner Ministerstellung jeder Zoll ein Parteimann gewesen sei, die Ruhe und Ordnung im Staate auch in schweren Zeiten aufrecht erhalten habe.

Die Linken blätter würdigen Severing als Republikaner und Staatsmann und hoffen auf seine baldige Rückkehr. Nach dem „Vorwärts“ hat Severing in langen und an unendlich harter Arbeit sechs Jahre erreicht, daß das einzige Preußen der Junter heute als der feste Sitz der demokratischen Republik Deutschlands dasteht.

Die französische Presse zum Rücktritt des Generalobersten v. Seects und Severings.

Berlin, 7. Oktober. (R.) Die Pariser Presse bespricht den Rücktritt des Generalobersten v. Seect und zum Teil auch den Rücktritt Severings an erster Stelle. Sauerwein meint Severings an erster Stelle. Sauerwein meint im „Matin“, daß durch den Rücktritt v. Seect und Severings die deutsche Regierung von zwei Persönlichkeiten befreit wurde, die ihr hätten lästig fallen können. Severing und Seect seien die Verkörperung der beiden deutschen Tendenzen gewesen, die sich gegenseitig bekämpfen. Der „Matin“ meint dann, daß nicht die Teilnahme des Kronprinzen an den letzten deutschen Manövern der Grund zum Rücktritt sei, sondern daß die Gründe tiefer liegen. Dr. Stresemann werde durch diesen Rücktritt der beiden Persönlichkeiten v. Seect und Severing größere Handlungsfreiheit haben, um die Verhandlungen nach Thoiry fortzusetzen.

Das „Journal“ sagt, die Tätigkeit des Generalobersten von Seect nach dem Kriege sei ähnlich der des Generals Scharnhorst nach Jena.

Das „Echo de Paris“ will in dem Rücktritt Severings und von Seects eine Lösung des Konfliktes zwischen dem alten und dem demokratischen Deutschland erkennen. In Frankreich und anderswo würden sich viele über die glücklichen Resultate der Politik der Annäherung freuen, die zum Siege der gemäßigten Elemente führten. Man müsse allerdings fürchten, daß es anders kommen könnte. Vielleicht sei die Koncession, die Severing gemacht habe, nur deshalb gemacht worden, um anderen auszuweichen.

Schlusstagung der Union der Völkerbündigen.

Annäherungstimmung. — Südtirol.

Die Union der Völkerbündigen beschloß gestern ihre Tagung in Salzburg mit einer Sitzung des Minderheitenausschusses. Senator Medinger (Prag) berichtete hierbei über den zweiten internationalen Minderheitenkongress in Genf und gab einen Überblick über die unbefriedigende Lage der Minderheiten in den einzelnen Staaten. Er bezeichnete die Forderung nach kultureller Autonomie als Hauptforderung und unterzog die Eingriffe einzelner Nationen in den freien Sprachgebrauch und in das Wirtschaftsleben der Minderheiten einer scharfen Kritik.

Die Tagung stand im übrigen im Zeichen der deutsch-französischen Annäherung. Deutschlands Eintritt in den Völkerbund wurde von allen Rednern gefeiert, zum Zeichen der Annäherung wurde auf deutschen Vorschlag der französische Professor Aulard zum Vorsitzenden für 1927 gewählt, und die nächste Tagung soll in Deutschland sein. Die Nähe Tirols

brachte es mit sich, daß die Südtiroler Frage einen breiten Raum in den Verhandlungen einnahm. Außer im Minderheitenausschuß wurde auch im Generalrat am letzten Sonnabend eine zweistündige Aussprache darüber geflossen.

Der Präsident der österreichischen Völkerbundliga, Dr. Dumba, schlug vor, die Erörterung über Südtirol wieder auf das Programm der nächsten Tagung des Minderheitenausschusses zu setzen, die im Frühjahr zusammentrifft. Die Frage, die seit Jahren brennend ist, hat nun mehr um so dringender geworden, als die Beziehungen in Südtirol sich verschlechtert hatten und die Möglichkeit bestehen, daß nach vollkommenem Italiensetzung der früheren deutschen Schulen Südtirols auch der Religionsunterricht ausschließlich in italienischer Sprache erfolgen werde. Dumba richtete einen dringenden Appell an den Generalrat der Union, sowie an alle Freunde wahrhafter Völkerfreundschaft, seinen Vorschlag zum Beschluß zu erheben. Der Vizepräsident der deutschen Völkerbundliga, Regierungspräsident a. D. Jungmann, unterstützte den Vorschlag Dumbas aufs warmste. Dickinson (England) erklärte, er verstehe die Leiden der Deutschen Südtirols vollauf und hoffe, daß bis zur nächsten Gelegenheit, die Frage in der Union zu behandeln, die Beziehungen der Minderheiten in Italien sich gebessert haben würden. Unter allgemeiner Spannung führte der Abgeordnete im römischen Parlament und Vertreter der deutschen Minderheit in Italien, Baron Sternbach, aus, alle Redner hätten anerkannt, daß die Klagen, die von den Minderheiten Italiens in die Öffentlichkeit dringen, voll berechtigt seien, und daß die Deutschen Südtirols mit Recht auf Abhilfe drängen. Trotz der Erörterungen über dieses Thema auf allen bedeutenden Kongressen in Europa sei aber noch von keiner Seite ein wirklich ernster Schritt geschehen oder wenigstens durch die öffentliche Meinung auf die maßgebenden Kreise Italiens eingewirkt worden. Auch die Vertreter Hollands und der Vereinigten Staaten traten für den Vorschlag Dumbas ein. Als letzter Redner ergriß Staatssekretär Gianni (Italien) das Wort und erklärte, daß innerhalb der Federazione Italiana, der Vereinigung der in Italien bestehenden italienischen, deutschen und slawischen Völkerbündigen, bereits Besprechungen über Südtirol gewesen seien. Er sei im übrigen vom Vorsitz der genannten Federazione zurückgetreten und daher nicht im Stande, für diese selbst oder für den neuwählenden Präsidenten eine Bindung zu übernehmen. Er werde sich aber bemühen, auch auf den neuwählenden Präsidenten in dem Sinne einzutreten, die Bemühungen, zu einem Einvernehmen zu gelangen, fortzusetzen. Schließlich wurde einstimmig beschlossen, in die Erörterung der Südtiroler Frage auf der nächsten Frühjahrssitzung der Union wieder einzutreten.

Die Union beschäftigt sich wie sonst auch diesmal mit dem Völkerbund, dessen Ausbau sie erstrebt. So beschloß der Generalrat, in eine Prüfung darüber einzutreten, ob sich ein regionaler Ausbau, etwa im Sinne der Pan-Europa-Bewegung, empfiehlt. Wenn der Union auch keinerlei beschließende Befugnis zusteht, so verdienen ihre Arbeiten doch das Interesse der Politiker, die manche Anregung daraus entnehmen können. Die deutsche Liga hat schon seit 1918 mit der internationalen Union zusammengetragen. Jetzt, nach dem Anschluß Deutschlands an den Bund, gemini diese Arbeit an Boden, wie sich wohl bei der deutschen Tagung im nächsten Frühjahr zeigen wird.

Deutsches Reich.

Rücktritt des Generalobersten von Seect.

Berlin, 7. Oktober. (R.) Fast alle Blätter sehen den Rücktritt des Generalobersten v. Seect mit großem Bedauern und heben die ausgezeichneten Verdienste hervor, die er sich im Ausbau der neuen deutschen Wehrmacht erworben hat.

Die „Germania“ sagt unter anderem, er habe einen Fehler begangen und trägt als Soldat entschlossen die Folgen.

Das „Berliner Tageblatt“ sagt, es ist kaum daran zu zweifeln, daß der Reichspräsident das Entlassungsgesuch annehmen wird. Mit großer Entscheidlichkeit muß man die volle Wahrung, die unantastbare Sicherstellung der ministeriellen Autorität in der Reichswehr verlangen.

Der „Vorwärts“ erklärt, mit der Annahme des Gesuches des Generalobersten von Seect wird der Beweis dafür geliefert sein, daß man auch in der Reichswehr Ordnung schaffen kann, wenn man nur will. Jeder Reichswehrminister, der diesen Willen bestätigt, wird dabei die überwiegende Mehrheit des Reichstages und des ganzen Volkes auf seiner Seite haben.

Fackelzug zu Ehren Severings.

Berlin, 7. Oktober. Zu Ehren Severings veranstaltete das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold gestern einen Fackelzug, der vom gesamten Kabinett umgeben war, dankte vom Balkon des Staatsministeriums für diese Ehrengabe, die nicht seiner Person, sondern der Sache gälte. Er gab der Bevölkerung Ausdrud, daß er nach einer kurzen Ruhepause wieder in Berlin eintreffen werde und fügte hinzu, daß selbst in diesem Falle, bei der Konsolidierung, der Sache kein Schaden erwachsen könne. Die Menge brachte dem Minister während des Vorbeimarsches des Gesamtzuges stürmische Ovationen.

Pazifistenkongress in Heidelberg.

Heidelberg, 7. Oktober. (R.) Hier fand gestern die Eröffnung des 12. Pazifistenkongresses in der Stadthalle statt, wobei verschiedene Ansprachen gehalten wurden. Die Verhandlungen der Tagesordnung beginnen heute.

Die parlamentarischen Verhandlungen des Vergleichsverfahrens mit dem Hohenzollernhaus.

Berlin, 7. Oktober. (R.) Den Blättern zufolge gilt es als sicher, daß die Vorlage über den zwischen der preußischen Regierung und dem Hohenzollernhouse geschlossenen Vergleich dem Stadtrat überwiesen und wahrscheinlich Annahme finden wird. Auch im Landrat sind die Aussichten über die Annahme günstig.

Aus anderen Ländern.

Empfang des Berliner französischen Botschafters durch Briand.

Paris, 7. Oktober. (R.) Über den gestrigen Empfang des Berliner französischen Botschafters durch Briand glaubt das „Journal“ berichten zu können, daß sich die Verhandlungen auf die 8.1.1926 beziehen. Briand habe dem Botschafter Instruktionen für die weiteren Verhandlungen mit Deutschland gegeben.

Erwerb Angolas durch Italien.

Paris, 7. Oktober. (R.) Wie das „Petit Journal“ aus Rom meldet, soll Ende dieses Jahres bei dem Jahreszuge des Faschismus ein Communiqué veröffentlicht werden, das den Erwerb der portugiesischen Kolonie Angola für 1250000000 Lire ankündigt. Die Verhandlungen, die Mussolini vor einiger Zeit mit Portugal geführt, seien zum Abschluß gelangt. Bei der Zusammenkunft in Givorno habe Chamberlain seine Zustimmung für den Erwerb gegeben.

Die englische Bergarbeiterchaft für Ablehnung der Regierungsvorschläge.

London, 7. Oktober. (R.) Der Sekretär der Bergarbeiterverbände erklärte: Die Ergebnisse über die Abstimmung in den Bergarbeitsbezirken werden auf der heutigen Konferenz endgültig mitgeteilt werden. Soweit bisher bekannt, sei die überwältigende Mehrheit der Bergarbeiter für die Ablehnung der Regierungsvorschläge eingetreten.

Ein britischer Gewerkschaftler kündet einen neuen Streik an.

Detroit 7. Oktober. (R.) Auf der Jahrestagung der amerikanischen Arbeiterverbände dankte der Vertreter des britischen Gewerkschaftsverbandes für die Unterstützung der britischen Bergarbeiter und verfasste eine Erklärung, in der gesagt wird, daß ein Generalstreik von noch stärkerem und durchsetzbarerem Charakter als der jüngst erlebte in Zukunft unvermeidlich sein werde.

Zusammenstöße auf Korea.

London, 7. Oktober. (R.) Nach einem Bericht der „Daily Mail“ ist es am Yalu-Fluß (Korea) zwischen chinesischen Soldaten und Koreanern zu einem Zusammenstoß gekommen. Japanische Truppen seien an Ort und Stelle getrandt worden. Es haben bereits Schäfte zwischen Chinesen und Japanern, mit beiderseitigen Verlusten stattgefunden.

Kohlemangel der brasilianischen Eisenbahnen.

Rio de Janeiro, 7. Oktober. (R.) „Aenter“ berichtet: Die brasilianischen Eisenbahnen haben infolge des britischen Streiks noch Kohle für neun Tage. Ein Regierungsdecreto hat den Eisenbahndienst eingestellt. Die Kohlenknappheit ist auf die Tatjache zurückzuführen, daß viele Dampfer ihre Fahrten nach Südamerika eingestellt haben, um sich an dem einträglicheren Handel von den Vereinigten Staaten zu beteiligen.

In einem Satz.

(R.) Die Entscheidung über den Rücktritt des Generalobersten von Seect wird vermutlich noch im Laufe des heutigen Tages fallen; die letzte Entscheidung darüber liegt beim Reichspräsidenten.

(R.) Reichskanzler Dr. Marx kehrt wieder nach Berlin zurück, wo nach seiner Ankunft ein neuer Kabinett stattfinden soll.

(R.) Ein Vergleichsvorschlag für eine Abfindung zwischen Preußen und dem Hohenzollernhaus ist gestern unterzeichnet worden. Auch die Vertreter Hollands und der Vereinigten Staaten traten für den Vorschlag Dumbas ein.

(R.) Das Reichskabinett hat gestern nachmittag die laufenden Angelegenheiten behandelt.

(R.) Der Entwurf des Reichsfinanzministers über die Regelung des Finanzausgleiches zwischen Reich, Ländern und Kommunen ist fertiggestellt.

(R.) Das französische Kabinett nahm gestern unter anderem ein Exposé Briands zur außenpolitischen Lage entgegen.

(R.) Baldwin richtete an die Arbeitnehmer ein neues Schreiben mit der ultimativen Anforderung über die Stellung zum Regierungsangebot.

(R.) Zwischen Belgien und England ist ein Abkommen über die Stabilisierungsanleihe abgeschlossen worden.

(R.) Der Pan-Europa-Kongress in Wien ist gestern beendet worden.

(R.) Der preußische Staatsrat lehnte einen kommunistischen Antrag auf Aufhebung des Verbotes der Potemkin-Filmvorführung ab.

(R.) Ein englischer Gewerkschaftsführer in Detroit erklärte es sei nicht das Verdienst der englischen Regierung, daß es durch diesen Streik kein Blutvergießen in London gegeben habe; es sei jedoch ein schärferer Ausbruch unvermeidlich.

(R.) Der spanische Königshof hat St. Sebastian verlassen und ist nach Madrid zurückgekehrt.

Radioalender.

Rundfunkprogramm für Freitag, 8. Oktober.

Berlin (504 und 571 Meter). 4.30—6 Uhr: Nachmittagskonzert. 9.30 Uhr: Das Bild 111. Deutsches Rundfunk. 10.30 bis 12.30 Uhr: Tanzmusik.

Breslau (418 Meter). 4.30—6.30 Uhr: Nachmittagskonzert. 8.15 Uhr: „Wozzeck“, Drama von Georg Büchner.

Königsberg (463 Meter). 4.—5.15 Uhr: Volkstümliches Nachmittagskonzert. 5.30 Uhr: Liederabende: Schubert, Brahms und Schumann. 8.10 Uhr: Sendepielbühne (Oper): „Der Postillon von Lonjumeau“, komische Oper in drei Aufzügen. 10.—11 Uhr: Unterhaltungskonzert des Rundfunk-Orchesters.

Königswusterhausen (1300 Meter). 8.30—12.30 Uhr: Übertragung aus Berlin.

Münster (410 Meter). 12.30 Uhr: Schallplattenmusik. 5 Uhr: Nachmittagskonzert. 6 Uhr: „Die Bauernflöte“, Oper in zwei Akten von W. A. Mozart.

Prag (368 Meter). 4.30—5.30 Uhr: Nachmittagskonzert. 6.45 Uhr: Deutsche Sendung. 8.—9 Uhr: Konzert. 9.15—10 Uhr: Leichte Musik.

Rom (425 Meter). 9.25 Uhr: Leichte Musik.

Warschau (480 Meter). 3.—3.15 Uhr: Wirtschaftsberichte. 4.45—5 Uhr: Wissenswertvortrag. 5—5.55 Uhr: Kindertunde. 6—6.55 Uhr: Volkstümliches Konzert. 7.—7.25 Uhr: Was jeder Pole wissen muß, Vortrag.

Wir fabrizieren als langjährige Spezialität:
 Ackerwalzen, Bügelgöpel,
 Breitdreschmaschinen in Eisen- u. Holzgestell,
 Schlagleistendrescher,
 Rübensehneider, Kartoffelsortierer,
 Getreidereinigungsmaschinen,
 Trommelhäckselmaschinen für Krauthetrieb
 feststehend und fahrbar, mit und ohne Gebläse.
 Scheibenrad-Häckselmaschinen,
 Transmissionsböcke,
 Jauhepumpen,
 mit Stahlrohr und herausnehmbaren Ventilen.

A. P. Muscate
 T. z o. p.
 Maschinenfabrik Tczew.

Grosse Auswahl in Herren-
 Mänteln und Pelzen!

Für die Herbst- und Winter-Saison

empfiehlt

die neuesten Modelle

Kostüme ⚡ Mäntel ⚡ Kleider ⚡ Pelze

Elegante Herren-Garderobe nach Maß!

Modernisierungen von Pelzen jeglicher Art werden in eigenen Werkstätten ausgeführt!

Fr. Zieliński, Poznań, ulica Kantaka 1.

Grosse Auswahl in Herren-
 Mänteln und Pelzen!

Cukrownia Kujawy

Tow. Akc.

(Zuckersfabrik Kujawien)

in Janikowo.

Auf Grund des Statuts unserer Gesellschaft laden wir hiermit unsere P. P. Aktionäre höfl. ein zu der am 18. November d. Js., 11 Uhr vormittags in Inowrocław, Hotel Bast stattfindenden

Generalversammlung

mit nachstehender Tagesordnung:

1. Vorlegung der Bilanz, der Gewinn- und Verlust-Rechnung, sowie des Geschäftsberichts für das Operationsjahr 1925/26.
2. Berichterstattung der Revisoren und Entlastung des Vorstandes, sowie des Aufsichtsrats.
3. Wahlen:
 - a) für den Aufsichtsrat,
 - b) zweier Revisoren und deren Vertreter für das Operationsjahr 1926/27.

4. Statutenänderung: § 7, Absatz 1 ad b und d.

Die an der Generalversammlung teilnehmenden P. P. Aktionäre sind gemäß § 16 des Statuts verpflichtet, vor Eröffnung der Generalversammlung sich zu legitimieren durch Vorzeigung ihrer Aktien, bzw. Depotcheine

der Bank Cukrownictwa in Poznań, der Bank für Handel u. Gewerbe, Poznań oder deren Filiale in Inowrocław, unseres Büros in Janikowo oder eines diesbezüglichen Aktes eines polnischen Notars.

Janikowo, 20. September 1926.

G. Holland. Dr. B. Brodnicki.

Bebautes Grundstück

(für Gärtnerei geeignet) nahe dem Bahnhofe gelegen, ist freiheitshalber sofort zu verkaufen. Agenten verbieten.

Selma Friedrich, Krotoszyn, ul. Mickiewicza 26,

Achtung, Gartenbesitzer!

Haben Sie sich schon überlegt, was Sie noch in diesem Herbst für Ihren Garten tun wollen? Alles, was Sie dazu brauchen, bekommen Sie bei mir gut und billig.

„Frisches Obst füllt Deine Räume, kommt bei Petzel Du Dir Bäume.“

Berlangen Sie noch heute meine Preisliste.

H. Petzel, Obstbaum- und Rosenhäuser. Obrzyska Staro, pow. Kościan

Kaufe jeden Posten Kastanien zu höchsten Tagespreisen. W. Kortsch, Rawicz

Un unsere Mitglieder!

Bekanntmachung

betr. Rentenzahlung.

In Ergänzung unseres Mundschreibens empfehlen wir nochmals allen Mitgliedern, bei der Berechnung der Rentenzahlung die Hilfe der Geschäftsstellen der Westpolnischen Landwirtschaftlichen Gesellschaft in Anspruch zu nehmen.

Verband deutscher Ansiedler

Adresse des Verbandes bis auf weiteres:

Brennerei Tarnowo Podgórzne, pow. Poznań

Fernruf Nr. 19.

Kartoffel-Dampf- und Lupinen-Entbitterungs-Aulagen
 Kartoffel-Dämpfer
 Kochkessel, Kartoffelquetschen
 liefert als Spezialität

Woldemar Günter, Poznań
 Landw. Maschinen u. Bedarfssachen, Öle u. Fette.

Tel. 152-25
 Sew. Miejski 6.

Colosseum, św. Marein 65.

Nur bis Sonntag einschließlich
 12 alte Galgen-Humor aus den
 Memoiren Buster Keatons,
 des bekanntesten Komikers von Amerika, welcher alle
 seine Berufsgenossen in den Schatten stellt.
 Für Jugendliche erlaubt!

Außer Progr. a.d. Bühne, **Ben Edios**, d. geheimnisvolle Hindu m. sein Erstaun. erregend. Experimenten.

Gelbf. Industrie-Speisekartoffeln
 kaufen zu den höchsten Preisen bei
 Abnahme u. Barkasse auf Verladestation.

Bernhard Schrage, Danzig-Langfuhr,

Telephon 424 22.
 Erbitte Angebot nur größerer Gutsposten.

Gut eingeführte

Drogerie

in guter Lage in
 grös. Stadt d. Woje-
 wodschaft Poznań.

Wohnung erforderl. Ausführl. Offert. unt. „Drogerie“
 a. d. Annoncenexped. „Par“, Bydgoszcz, Dworcowa 72.

kaufe geg. bar.

mit Obstgarten zu verkaufen.

Angebote unter 2111 a. d.

Geschäftsstelle dieses Blattes.

Stenographen-Berein

Stolze-Schrey eröffnet

Übungen und

Anfänger-Kursus

am Montag, dem 11. Oktober

im Knothe'schen Museum. Näh.

zu erfahren bei Herrn Peter-

son dort.

Wo wird ein

Koch- u. Hand-

arbeitskursus

gewünscht?

Mehreres unter 2. 2093 a.

d. Geschäftsst. d. Bl. erbitten.

Zeilen

werden um. Garantie für guten

Handhieb u. zweckentsprechende

Härte billige aufgehen.

Spezialität seit 25 Jahren

Mühlensägefeilen.

M. Bleyer, Chojnice.

Verband für Handel

und Gewerbe

Poznań.

Unsere Geschäftsstelle

befindet sich in

Poznań, ul. Skośna 8,

parterre

(Ev. Vereinshaus, Rückseite)

Geschäftsstunden 8-8 Uhr

Sprechstunden 11-2 Uhr

gegen Miete im voraus

gesucht.

Meldungen unter 2108 an

die Geschäftsst. d. Blattes.

Spiegelblank

20/24 cm stark, 10 Stück

à 14 m lang,

20/24 cm stark, 10 Stück

à 10 m lang,

18/24 cm stark, 5 Stück

à 10 m lang

hat abzugeben

Ernst Thorenz, Pogorzela

Bau- u. Baumaterialien-

Geschäft.

Telephon 15.

Scharfantiq. geschnitten,

trocken

Kieser-Balten

20/24 cm stark, 10 Stück

à 14 m lang,

20/24 cm stark, 10 Stück

à 10 m lang,

18/24 cm stark, 5 Stück

à 10 m lang

hat abzugeben

Ernst Thorenz, Pogorzela

Bau- u. Baumaterialien-

Geschäft.

Telephon 15.

Scharfantiq. geschnitten,

trocken

Kieser-Balten

20/24 cm stark, 10 Stück

à 14 m lang,

20/24 cm stark, 10 Stück

à 10 m lang,

18/24 cm stark, 5 Stück

à 10 m lang

hat abzugeben

Ernst Thorenz, Pogorzela

Bau- u. Baumaterialien-

Geschäft.

Telephon 15.

Scharfantiq. geschnitten,

trocken

Kieser-Balten

20/24 cm stark, 10 Stück

à 14 m lang,

20/24 cm stark, 10 Stück

à 10 m lang,

18/24 cm stark, 5 Stück

à 10 m lang

hat abzugeben

Ernst Thorenz, Pogorzela

Bau- u. Baumaterialien-

Geschäft.

Telephon 15.

Scharfantiq. geschnitten,

trocken

Kieser-Balten

20/24 cm stark, 10 Stück

à 14 m lang,

20/24 cm stark, 10 Stück

à 10 m lang,

18/24 cm stark, 5 Stück

à 10 m lang

hat abzugeben

Ernst Thorenz, Pogorzela

Bau- u. Baumaterialien-

Geschäft.

Telephon 15.

Scharfantiq. geschn

Handelsnachrichten.

Die Weiternete. In der Berichtswoche hat das Internationale Handelswirtschaftliche Institut in Rom seine ersten Weiternete geschätzt und veröffentlicht. Russland ist nicht berücksichtigt worden, von den übrigen wichtigeren Ländern der nördlichen Halbkugel fehlt Frankreich. Die Zusammenstellung erfasst, von Russland abgesehen, etwa 90% der Weizenernte auf der nördlichen Halbkugel, 95% des Roggens, je 85% des Hafer und der Gerste. Sie ergibt alsdann in Millionen dz:

	1925	1926	Mittel 20/24		1925	1926	Mittel 20/24
Weizen . . .	712.4	732.1	673.6	Roggen . . .	238.1	204.2	192.4
(davon Europa, . . .)	287.6	268.5	224.0	Hafer . . .	487.7	456.6	438.5
(, Nordamer.) . . .	293.8	336.8	319.8	Gerste . . .	250.0	233.3	211.2

Dennach ist die Weizenernte zwar kleiner als die letzte, entspricht aber fast den ebenfalls recht guten von 1923, insbesondere allerdings infolge der hohen nordamerikanischen Erträge. Die Bevölkerung, die vor allem in einigen europäischen Staaten zum Teil gelitten haben soll, läßt sich aus den Angaben des Instituts natürlich nicht ableiten. — Die Nachrichten aus Kanada lauten auch weiter nicht sehr günstig, es soll vor allem in großen Teilen der Prärieprovinzen viel Schnee gefallen sein. Andererseits wird allerdings über Auswuchs geklagt, zwei Aussagen, die sich schwer miteinander vereinigen lassen; denn zum Schnee gehört Kälte und bei Kälte pflegt das Getreide nicht auszuwachsen. — Die übrigen in Betracht kommenden Länder haben keine neuen Nachrichten von Bedeutung gesandt, erwähnt sei, daß das Wetter in Indien etwas ungleichmäßig geworden ist.

Der Weltmarkt zeigte weiter verhältnismäßig große Schwankungen innerhalb der einzelnen Börsentage, ohne daß sich die Schlusspreise merkbar geändert hätten. Es scheint aber, als ob die bekannten amerikanischen Spielergruppen immer aufs neue versuchten, die Preise zu treiben, bisher allerdings ohne Erfolg. Dabei ist die europäische Nachfrage wenn auch nicht groß, so doch ziemlich regelmäßig geblieben, wie z. B. auch Frankreich bis in die letzte Zeit Kaufneigung für deutschen Weizen bekundete. Nach England ist davon einiges abgegeben worden. Im ganzen ist eher die zweite als die erste Hand als Abgeber im Markt, was z. T. mit der Haltung des Seefrachtenmarktes zusammenhangt, der durch die Kohlentransporte nach England völlig in Verworrenheit geraten ist. Die Frachten sind in einem Maße weiter gestiegen, daß die Preisberechnung stark beeinflußt wird, vor allem sind aber im Augenblick Räume in der Nord- wie in der Südamerikafahrt kaum aufzutreten.“

Zur Sicherstellung der polnischen Kohlenaufnahme hat das Eisenbahministerium von einer belgischen Gesellschaft 500 Kohlenwaggons gemietet, die seit 1923 untätig im Bereich der Staatsbahndirektion Posen umherstanden. Zunächst sollen diese Waggons auf Kosten der Gesellschaft instandgesetzt werden. Außerdem haben die Staatsbahnen, dem „Kurjer Polski“ zufolge, 500 neue Kohlenwaggons von tschechischen und österreichischen Unternehmen mitweiss übernommen.

Polens Stellung zur kommenden Weltwirtschaftskonferenz. Der Umstand, daß von englischer Seite anfänglich vorgeschlagen war, das finanzielle Problem vom Programm der Weltwirtschaftskonferenz abzusetzen, hat Polen wenig befriedigt. Erst die Erweiterung des Programms auf Finanzfragen hat das Interesse Polens an der Konferenz wieder erweckt, da es sehr daran interessiert ist, seine finanzielle Isolierung zu sprengen. Polen vertritt hierbei den Standpunkt, daß eine liberale Handelspolitik solange undenkbar sei, wie die Nachbarstaaten Polen gegenüber eine nichtliberale Kreditpolitik führen, denn Polen sei gezwungen, allein durch Zölle und Einführverbote die Aktivität seiner Handelsbilanz aufrecht zu erhalten, da es Defizite des Außenhandels weder durch einen „unsichtbaren Export“, noch durch ausländische Kredite auszugleichen imstande wäre. In unmittelbarem Zusammenhang damit steht auch die internationale Verständigung der einzelnen Produktionszweige, denn eine Konzentration der Industrie stelle sie günstigste Lösung für eine Herabsetzung der Zölle dar. Die wichtigsten programmativen Wünsche Polens hinsichtlich der Weltwirtschaftskonferenz sind demnach: richtige Koordinierung und Normierung zollpolitischer Fragen, internationale Regelung des Kreditproblems und Kartellierung der europäischen Industrie.

Der Lohnkonflikt in der ostoberschlesischen Eisenindustrie kann als beigelegt betrachtet werden. Laut „Nowa Reforma“ hatten die Verhandlungen der Schiedsgerichtskommission für die Arbeiter der Eisenhütten eine 4proz. Lohnerhöhung und für die Arbeiter der weiterverarbeitenden Hütten eine 6proz. Lohnerhöhung zum Ergebnis. Diese Erhöhungen sind am 1. Oktober in Kraft getreten und gelten bis 1. Dezember d. Js., darauf können sie mit einer 14-tägigen Frist von beiden Seiten gekündigt werden. — Auch im Dombrowaer Gebiet sind Lohnerhöhungen von 6% zugestanden worden.

Die Einnahmen aus dem polnischen Tabakmonopol beliefen sich in den ersten drei Quartalen 1926 auf insgesamt 192 Millionen Zloty. Diese Summe stellt gegenüber dem ganzen Jahr 1924 eine Steigerung um 58.3 Millionen Zloty und gegenüber dem ganzen Jahr 1925 eine solche um 9.6 Millionen Zloty dar (wobei man allerdings die Zlotyschwankung berücksichtigen muß). Im September 1926 wurden 32.8 Millionen Zloty aus dem Tabakmonopol eingenommen, davon 25 Millionen Zloty an das Finanzministerium abgeführt und 7.8 Mill. Zloty zur Tilgung der fälligen Reste der italienischen Anleihe verwandt.

Die Kreditgesellschaft der polnischen Industrie hat auf Grund einer Verordnung des Staatspräsidenten vom 17. September („Dz. Ustaw“ Nr. 96, Pos. 572) das Recht erhalten, Pfandbriefe in ausländischer Währung für weitere 5 Jahre zu emittieren, wobei der Staat gegenüber den Besitzern der Pfandbriefe die Garantie für die Rückzahlung des Kapitals, die Auszahlung der Zinsen sowie der Amortisationssummen übernimmt.

Telegraphische Geldüberweisungen nach Danzig. Vom 1. Oktober d. Js. ab sind direkte Geldüberweisungen auf telegraphischem Wege von Polen nach Danzig, Postamt I, nach den geltenden Inlandstarifen gestattet. Die Summe der telegraphischen Überweisung darf 1000 Zloty nicht übersteigen. Der Absender der telegraphischen Überweisung von Polen nach dem polnischen Postamt Danzig ist verpflichtet, im Postamt die Erlaubnis der zuständigen Finanzbehörden vorzulegen.

Tiefstand des Silberpreises. (A. K.) Der Vorschlag der indischen Währungskommission, die Goldwährung im Laufe der Zeit in Indien einzuführen, so daß die umlaufenden Silbermünzen eine Umwandlung in Scheidemünzen erfahren würden, gab am internationalen Silbermarkt Veranlassung zu einem scharfen Kurssturz. In London fiel der Preis für prompte Ware von 29½ d für Anfang August auf 24¼ d Mitte dieses Monats, wodurch ein neuer Tiefstand für die letzten 10 Jahre erreicht wurde.

Erneutes Sinken der Getreidepreise in Russland. Nach Mitteilung der Sachverständigen-Kommission für Getreidefragen wurde das Erntergebnis am 7. September auf 4.656 Milliarden Pud, der Durchschnittsertrag pro Desjatine auf 54.7 Pud (im Vorjahr 54.2 Pud) geschätzt. Der Bedarf der Bauernschaft wird mit 3.693 Milliard. Pud angegeben (im Vorjahr mit 3.530 Milliarden Pud). Die Getreidebereitstellungen nehmen weiter einen günstigen Fortgang. In der Zeit vom 10. bis 15. September wurden 2.83 Millionen Doppelzentner Getreide und Futtermittel eingekauft (insgesamt entfielen auf die R.S.S.R. 1.64 Doppelzentner und 1.189 210 Doppelzentner auf die Ukraine) gegen 2.472 460 in der Zeit vom 5. bis 10. September. Doppelzentner eingekauft. Am 25. September betragen die Beschaffungspreise in der Ukraine für Weizen 1.06—1.22 Rubel, für Roggen 53 bis 73 Kopeken.

Ein rumänisches Anti-Dumping-Gesetz. (A. K.) Zusammen mit der neuen Vorlage des Zolltarifes plant der rumänische Finanzminister, dem dortigen Parlament einen Entwurf über ein Gesetz zur Regulierung des Dumpings vorzulegen. In diesem Gesetzentwurf werden alle in Rumänien erzeugten Waren vorgesehen werden, für welche die Möglichkeit besteht, daß die ausländische Konkurrenz durch Schleuderpreise sich den Markt erobert. Der rumänische Ministerrat soll ermächtigt werden, den Einfuhrzoll für diejenigen Artikel zu erhöhen, für welche ein Dumping des Auslands festgestellt wird.

Weitere Zinzmäßigungen der Eesti-Bank sind im Anschluß an die bereits von uns gemeldeten Herabsetzungen mit Wirkung vom 1. Oktober eingetreten. Die Einlagezinsen für laufende Rechnung, die bisher 3 und 4% betragen, werden auf 2% jährlich für Banken und auf 3% für Privatpersonen festgesetzt. Für Einlagen, die auf 6 Monate befristet sind, zahlt die Eesti-Bank fortan 5% (bisher 6%) und für solche, die auf längere Zeit als 6 Monate eingezahlt werden, 6% (7%).

Märkte.

Getreide. Warschau, 6. Oktober. Notierungen für 100 kg franko Verladestation: Roggen 117—118 f holl 34, Weizen 126 bis 127 f holl 48, Pommereller Einheitshafer 29—29½, franko Warschau 32, Braugerste je nach Farbe 32—34, Graupengerste 29—31 zl.

Danzig, 6. Oktober. Für 50 kg: Weizen 127 f 13½—13¾, 122 f 12½, 120 f 12½, Roggen 118 f 10¾, Futtergerste 9½—10, Braugerste 10½—11, Hafer 8½—8½, kleine Speiserbsen 12—16, Viktoria 22—27, graue 16—20, blauer Mohn 42—44. Der Rest der Notierungen unverändert.

Hamburg, 5. Oktober. Notierungen cif in hfl. Weizen: Manitoba I 15.70, II 15.30, III 14.90, Rosafe 78 kg Januar 14.95, Februar 14.85, Barusso 79 kg Januar 14.75, Februar 14.65, Hardwinter II 15.05, Gerste: donauutsche 9.75, La Plata 9.60, Malting Barley Oktober-Dezember 9.45, Roggen: Western Rey II 11.70, Mais: La Plata loco 8.30, Oktober 8.10, November 8.20, Dezember 8.20, Hafer: Kanada Fez 9.

Berlin, 7. Oktober. Getreide- und Ölsaaten für 1000 kg sonst für 100 kg in Goldmark. Weizen: märk. 259—262, Oktober 279.50, Dezember 281.50, März 286.00 Mai 288.50, Roggen: märk. 213—218, Oktober 232.00, Dezember 234.00—233.50, März 241—241.50, Mai 245—245 — Gerste: Sommergerste 212—252, Futter- und Wintergerste 180—185, Hafer: märk. 180—191, Oktbr. —, Dez. —, Mais: loco Berlin: 188—190, Weizenmehl: fr. Berlin: 35.50—38.00, Roggenmehl: franko Berlin: 30.25—32.00, Weizenkleie: franko Berlin: 9.9—10.25, Roggenkleie: fr. Berlin: 10.5—10.60, Raps: —, Leinsaat —, Viktoriaerbse: 44—54, kleine Speiserbsen 30—34, Futtererbse: 21—27, Ackerbohnen 20—22, Vicken —, Seradella —, Rapskuchen 14.4—14.6, Leinkuchen 19.20 bis 19.30, Trockenschnitzel 8.80—9.00, Sojaschrot 19.2—19.6, Kartoffelflocken 20.00—21. — Tendenz für Weizen ruhig, Roggen stetig, Gerste fest, Hafer fest, Mais stetig.

Produktenbericht. Berlin, 7. Oktober. (R.) Die Auslandsofferten von Weizen waren wieder zum Teil etwas entgegenkommend, begegneten aber trotzdem nur geringem Interesse. Vom Inlande ist nur das schwer verkäufliche geringe Material angeboten, während gutes zur Andienung geeignetes Material gesucht bleibt. Das Preisniveau steht im Liefermarkt um etwa ½ Mk. höher. Roggen ist infolge der Feldarbeiten weniger angeboten und findet bei gut gehaltenen Kursen bei den Mühlen Unterkunft. Im Roggenlieferungsmarkt hielt sich das Geschäft bei nur unbedeutend veränderten Preisen in engen Grenzen, Weizenmehl war trotz Ermäßigung der Forderung um etwa 25 Pfennig, fast ohne Geschäft, während Roggenmehl, nur knapp angeboten und gut befragt um ¼ Mark höher gehalten wurde. In Gerste blieb das Angebot in feinen Qualitäten stärker begehrt. Hafer war unter Bevorzugung feiner Sorten bestigt.

Chicago, 5. Oktober. Weizen: Redwinter II loco 137, Hardwinter II loco 142, Dezember 138½—138¾, Mai 142½—143, Roggen II loco 91½, Dezember 98½, Mai 105½, Mais gelb Nr. II loco 81, weiß Nr. II loco 81½, gemischt II loco 79½, Dezember 80½—80½, Mai 87½—87½, Hafer weiß II loco 47, Dezember 43½, Mai 48—48½, Gerste Malting loco 56—76. Frachten nach England (in sh und d für 8 bushel): für Weizen und Roggen 4, für Hafer 3.9. Frachten nach dem Kontinent (in Dollar-cents für 100 lbs): für Weizen und Roggen 21, für Hafer 26.

Metalle. Warschau, 6. Oktober. Das Handelshaus A. Gepner gibt folgende Richtpreise für 1 kg in zt für Halbfabrikate am Warschauer Metallwarenmarkt an: Kupferblech 4.00, Kupferstäbe 5, Messingstäbe 3.75, Messingdraht 4.20, Messingstäbe 4 zt.

Rohguß Friedenshütte Nr. I wird von der Warschauer Vertretung Wdowiński mit 200 zt loco Station Neu-Beuthen notiert.

Berlin, 6. Oktober. Elektrolytkupfer sof. Lieferung cif Hamburg, Bremen oder Rotterdam (für 100 kg) 134½, Orig.-Hüttenrohrzink im fr. Verkehr 0.69—0.69½, Remelted-Plattenzink gew. Handelsgüte 0.61½—0.62½, Orig.-Hüttenaluminium 98—99% in Blocks, Walz- und Drahtbarren 3.10, dasselbe in Barren, Walz- und Drahtbarren mind. 99% 2.14, Reinnickel 98—99% 3.40—3.50, Antimon Regulus 1.13—1.18, Silber mind. 0.900 fein in Barren 78—79 Mark für 1 kg, Gold im fr. Verkehr 2.80—2.82 Mark pro Gramm, Platin im fr. Verkehr 14—14½ Mark pro Gramm.

Vieh und Fleisch. Bromberg, 6. Oktober. Rindfleisch I. Gatt. 2.24—2.36, II. 1.70—2.10, III. 1.20—1.50, Schweinefleisch I. Gatt. 3—3.12, II. 2.90—2.98, III. 2.30, Kalbfleisch II. Gatt. 2.40 bis 2.60, III. 1.90—2.20, Hammelfleisch I. Gatt. 2.20—2.30, II. 1.90 bis 2.10 zt für 1 kg.

Wilna, 6. Oktober. Für 1 kg totes Gewicht im Großhandel wurde gezahlt: Schweinefleisch I. Gatt. 2.50, II. 2.37 zt, für 1 kg im Kleinhandel: Rindfleisch 1.40, Kalbfleisch 2.20, Hammelfleisch 1.40, Schweinefleisch 1.80—2, frischer Speck 3.60—4.10, gesalzener 4.20—4.30, Schweineschmalz 4.50—4.70, Schmer 3.80—4.40.

Wolle. Posen, 6. Oktober. Pro 50 kg in Zloty: Im Einkauf: I. Gatt. englische Grobwolle 195, II. gekreuzte Feiniwolle 220, III. feine Reinwolle 245, im Verkauf: I. Gatt. 220, II. 245, III. 270.

Bradford, 5. Oktober. Die feste Tendenz hält weiterhin an. Notiert wurden für 1 engl. Pfund: Kammgarn 44 mit 22½ Penc.

Bremen, 6. Oktober. Ämtliche Notierungen in Cts. für 1 engl. Pfund (453 Gramm). Erste Ziffer bedeutet Verkauf, zweite Einkauf, dritte Geschäft. Amerik. Baumwolle 15.31, Oktober 14.30, Dezember 14.49—14.39—14.49, Januar 14.57—14.50—14.50, März 14.97—14.93—14.95, Mai 15.18—15.11, Juli 15.22—15.12. Tendenz ruhig.

Börsen.

1 Gramm Feingold wurde für den 7. Oktober auf 5.9816 zt festgesetzt. (M. P. Nr. 228 vom 6. 10. 1926) 1 Goldzloty = 1.7366 zt.

Der Zloty am 6. Oktober. (Überweisung Warschau.) Riga 67, Amsterdam 25, Mailand 292, London 42½, Neuyork 11.03, Prag 372—287, Noten 373½—376½, Wien 78.05—78.55, Noten 77.80 bis 78.80, Budapest Noten 78.40—80.40.

Posener Börse.

	7. 10.	6. 10.		7. 10.	6. 10.
6 list. zboż. Poz. Ziem.			Barcikowski I. VII.	—	2.00
Kredyt.....	15.80	15.80	Hurtown. Skór I. IV.	1.5	—
	16.20	—	Herzl. Viki. I. III.	18.50	17.50
8 dol. listy Poz. Ziem.			Dr. R. May I. V.	—	34.00
Kredyt.....	6.85	6.85	Mt. i Tart. Wagr. I. II.	7.00	7.00
	6.95	6.80	Sp. Drzewna I. VII.	1.40	—
Bk. Kw. Pot. I. VIII.	4.00	4.60	Unja I. III.	—	5.50
	—	4			